



Dr. Philipp Engler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Die Fiskalunion ist mehr als ein Versicherungsprodukt

Eine Versicherung kauft man nicht ohne weiteres. Ihre Funktionsweise ist komplex und ihre Nützlichkeit schwer zu durchschauen. Weniger komplex ist die Anschaffung der meisten Güter: Deren Nützlichkeit ist meist einfach zu ermes- sen, die Kaufentscheidung fällt umso leichter.

Ähnlich verhält es sich mit einer „Fiskalunion“ im Euroraum. Sie ist sowohl ein hochkomplexes Versicherungsprodukt als auch ein Rahmen zur Bereitstellung öffentlicher Güter. Um den Europäerinnen und Europäern die „Versicherung“ schmackhaft zu machen, müssen die Güter, zu denen sie Zugang gewinnen, in den Vordergrund gestellt werden.

Durch die Aufgabe der eigenen Geldpolitik bekommt die Fiskalpolitik der Euro-Mitgliedsländer eine stärkere Rolle für die Glättung konjunktureller Schwankungen. In einer Rezession kann etwa der Anstieg der Arbeitslosigkeit dank einer Ausgabenerhöhung gedämmt werden, auch wenn nicht jeder Job gerettet werden kann. Die Fiskalpolitik hat somit für die Bevölkerung den Charakter einer staatlichen Versicherung. Dies schafft im Idealfall die Akzeptanz der Bevölkerung für das Abführen von Steuern und die Aufnahme von Staatsschulden. Gleichzeitig werden durch staatliche Ausgaben öffentliche Güter bereitgestellt, etwa Straßen und Schulen. Deren Nützlichkeit ermöglicht auch die Akzeptanz für Steuern und Schulden.

Im Euroraum ist die nationale Fiskalpolitik im Korsett der gemeinsamen Regeln gezwängt. In den USA, ein anderes prominentes Beispiel für eine Währungs- und Wirtschaftsunion, können über das Bundesbudget – etwa 21 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – Schwächephasen in bestimmten Regionen etwa durch eine Erhöhung der Sozialtransfers oder der Investitionen des Bundes aufgefangen werden. Der Euro- raum dagegen hat kein eigenes Budget, das Budget der EU beträgt mickrige ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Daher die Forderung, zum Beispiel vom französischen Präsi- denten Emmanuel Macron, die Eurozone mit einem eigenen

umfangreichen Haushalt und einen Finanzminister auszustat- ten. Das ist aber keine Agenda, die WählerInnen begeistert – genauso wenig, wie man sich für Versicherungsprodukte be- geistern kann. Und tatsächlich hat sich kaum eine politische Partei die Idee einer Fiskalunion zu eigen gemacht. Vielleicht hilft es, an der zweiten Funktion staatlicher Ausgaben anzusetzen. Es gibt öffentliche Güter, die sinnvollerweise die EU oder der Euroraum bereitstellen sollten. Alle profitierten davon, alle sollten die Kosten tragen. Beispiele wären die Sicherung der Außengrenzen der EU, der Aufbau EU-weiter Verkehrs- oder digitaler Infrastruktur und der Betrieb von Zulassungsbehörden (etwa für pharmazeutische Produkte). Die BürgerInnen lassen sich von der Nützlichkeit solcher gemeinsamer Güter sicherlich leichter überzeugen als von der einer abstrakten „Fiskalunion“.

Je mehr gemeinsame Leistungen erbracht werden, desto mehr Spielraum ergibt sich für die Versicherungsfunktion: Zur Milderung einer Rezession könnten Investitionen in der betroffenen Region erhöht oder vorgezogen werden. Einmal profitiert ein Land davon, ein anderes Mal ein anderes.

Eine Verlagerung von Kompetenzen auf Unionsebene muss nicht einen kompletten Kontrollverlust der Mitgliedsländer bedeuten. In den USA überlassen Bundesprogramme wie Medicaid den Staaten weitreichende Kompetenzen bei Ausgestaltung und Umsetzung.

Wer für eine unionsweite Fiskalpolitik Unterstützung sucht, sollte sie mit konkreten, sinnvollen Projekten begründen, die aus nachvollziehbaren Gründen gemeinsam besser oder günstiger durchgeführt werden können. Macron hat schon eine Vielzahl gemeinsamer Projekte angeschnitten, daran sollte die Debatte anknüpfen. Notwendig ist selbstverständ- lich eine demokratische Legitimation und Kontrolle dieser Projekte, am besten durch das Europäische Parlament.

*Dieser Gastbeitrag ist am 1. November 2017 in der Frankfurter Rundschau erschienen.*



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
84. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann  
Mathilde Richter  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Rebecca Buhner  
Claudia Cohnen-Beck  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Daniel Kempfner  
Sebastian Kollmann  
Matthias Laugwitz  
Markus Reiniger  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Caroline Stiel  
Dr. Marius Clemens  
Dr. Claus Michelsen

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.